LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/11986**

12.05.2016

Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
„Master und Meister – NRW benötigt weiterhin duale Ausbildung und Studium als gleichwertige Ausbildungsalternativen“ (Drucksache 16/11890)

Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Ausbildung anerkennen und ausbauen, Berufs- und Meisterausbildung stärken, Rahmenbedingungen für erfolgreichen Berufseinstieg verbessern, Ausbildungsbetriebe in Mittelstand, Industrie und Handwerk entlasten

I. Ausgangslage

Das bewährte und erfolgreiche duale Ausbildungssystem und die daran anknüpfende Qualifizierung insbesondere über den Meisterbrief sind tragende Säulen von Sozialer Marktwirtschaft und Chancengesellschaft. Eine Berufsausbildung in Industrie und Handel, im Handwerk, in den Freien Berufen, in der Landwirtschaft oder im Dienstleistungssektor bietet jungen Menschen einen hervorragenden Berufseinstieg und Perspektiven auf wachsenden Wohlstand und gesellschaftlichen Aufstieg.

Trotz dieser zentralen Bedeutung des beruflichen Ausbildungssystems liegt der politische und öffentliche Fokus zunehmend stärker auf der akademischen (Aus-)Bildung. Richtig ist, dass es für einen Standort im internationalen Wettbewerb von zentraler Bedeutung ist, bei den Rahmenbedingungen und der Förderung von Forschung und Entwicklung sowie bei der Attraktivität und Vielfalt in Wissenschaft und Lehre zur Weltspitze zu gehören.

Zeitgleich muss jedoch die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung stärker anerkannt und unterstützt werden. Nicht nur, weil neben der akademischen Bildung auch die berufliche Bildung unverzichtbar für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort ist. Sondern auch, weil ein erfolgreiches Bildungssystem für unterschiedliche Begabungen oder Lebensentwürfe aller jungen Menschen bestmögliche Perspektiven eröffnet. Diese Erkenntnis muss auch in die politische Praxis umgesetzt werden.

Datum des Originals: 12.05.2016/Ausgegeben: 12.05.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Leider fällt Nordrhein-Westfalen bei den Rahmenbedingungen, bei der Unterstützung und bei der Attraktivität der beruflichen Ausbildung zurück. Die Landesregierung unternimmt keine ausreichenden Anstrengungen, um die politischen Rahmenbedingungen für eine echte Chancengesellschaft zu gestalten.

Dadurch hat sich in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl von Problemen verfestigt, denen die Landesregierung entweder gar nicht oder nur zu zaghaft entgegenwirkt:

- Die Zahl der ausbildungswilligen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden können, nimmt in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich zu. Zum Ende des Ausbildungsjahres 2014/2015 waren noch rund 6.700 Bewerberinnen und Bewerber unversorgt. Diesen Menschen fehlen also eine unmittelbare Berufseinstiegs-Chance sowie eine Aufstiegsperspektive. Im gleichen Zeitraum sind jedoch 6.000 Ausbildungsplätze in Nordrhein-Westfalen unbesetzt geblieben. Auch diese Zahl hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Damit entgehen nicht nur vielen jungen Menschen Berufschancen und Aufstiegsperspektiven. Auch dem nordrhein-westfälischen Mittelstand fehlt dadurch in erheblicher Weise dringend benötigter Fachkräftenachwuchs.

- Nach wie vor verlassen Schulabgänger die Schule, die trotz eines Abschlusses nicht die betrieblich geforderte Ausbildungsreife mit sich bringen. Fehlstellungen im Bildungssystem behindern einen reibungslosen Übergang von der Schule in die Ausbildung. Individuelle Förderung, ein sinnvoll strukturiertes Übergangssystem und eine frühzeitige Berufs- und Studienorientierung können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, um auch schwächeren oder oftmals noch orientierungslosen Jugendlichen Qualifizierung und somit Zukunftschancen zu ermöglichen. Hier müssen die größten Anstrengungen unternommen werden, damit diese jungen Menschen nicht in die Arbeitslosigkeit und somit Perspektivlosigkeit abdriften.

- Nordrhein-Westfalen schneidet in Ländervergleichen bei Bildung und Ausbildung insgesamt sehr schlecht ab. Im „Bildungsmonitor 2015“ landet NRW im Bereich der beruflichen Bildung von allen 16 Bundesländern auf dem letzten Platz. Gleichzeitig wird es von anderen vergleichbaren Ländern bei der Reduzierung der Zahl junger Menschen, welche die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen, abgehängt.

- Insbesondere auf Kernkompetenzen, die sowohl für ein Studium als auch für das erfolgreiche Absolvieren einer Ausbildung von zentraler Bedeutung sind, legt die Landesregierung in der Schulbildung zu wenig wert. Dies zeigt sich an einer Geringschätzung des korrekten Schreibens oder auch der unzureichenden Berücksichtigung des Arbeits- und Sozialverhaltens. Bei den für einen starken Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort besonders wichtigen MINT-Kenntnissen haben NRW-Schüler im IQB-Ländervergleich mit Platz 14 in Mathematik, Platz 15 in Chemie und Biologie und dem letzten Platz in Physik sehr schlecht abgeschnitten. Dennoch hat die Landesregierung keine umfassenden Maßnahmen ergriffen, um nachhaltige Verbesserungen herbeizuführen.

- Die Zahl der Ausbildungsbetriebe sinkt seit 2009. Diese Entwicklung besteht insbesondere bei Klein- und Kleinstunternehmen. Ein Grund dafür sind auch steigende bürokratische Lasten. Diese binden Zeit und Ressourcen, die gerade in kleinen Betrieben dringender etwa für die Betreuung von Auszubildenden gebraucht würden. Ein konsequenter Bürokratieabbau würde also nicht nur den Mittelstand insgesamt stärken. Er würde auch einen Beitrag dazu leisten, dass wieder mehr Betriebe jungen Menschen Ausbildungschancen bieten.

- Zu wenige Menschen entscheiden sich im Anschluss an eine erfolgreiche berufliche Qualifizierung für eine unternehmerische Selbständigkeit. Insbesondere Meisterinnen und Meister müssen stärker motiviert werden, neuen Pioniergeist zu entwickeln und in der Selbständigkeit eine Chance zu erkennen. Dafür sollten möglichst früh tiefgehende kaufmännische Kenntnisse vermittelt und professionelle Gründungsberatung und -förderung angeboten werden.

- Die Zahl der zugewanderten Menschen, die insbesondere auch über berufliche Perspektiven in die Gesellschaft integriert werden müssen, nimmt rapide zu. Das duale Ausbildungssystem bietet hier hervorragende Chancen. Dafür müssen die Ausbildungsträger und -betriebe allerdings deutlich besser von der Politik unterstützt werden.

II. Handlungsbedarf

Die Landesregierung muss endlich damit beginnen, Ideen zur Lösung der Probleme im Bildungs- und Ausbildungsbereich zu entwickeln. Zusätzlich muss sie Hindernisse für ein erfolgreiches und zukunftsfähiges Ausbildungssystem beseitigen, die sie selbst aufgebaut hat. Damit muss sie einen Beitrag für mehr Chancen und Perspektiven für die Menschen einerseits und die Betriebe in Nordrhein-Westfalen anderseits leisten.

Der Landtag sieht daher vorrangig unter anderem folgenden Handlungsbedarf:

- Die Landesregierung muss anstatt einer Bildungspolitik der Nivellierung von Leistungsstandards endlich eine qualitativ ausgerichtete Schulpolitik gestalten, damit nordrhein-westfälische Schülerinnen und Schüler im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht weiter den Anschluss verlieren.

- Schon bei der Berufsorientierung in der Schule muss eine qualitativ hochwertige und umfassende Berufsberatung erfolgen. Dabei sollen gleichwertig sowohl passende Studien- als auch berufliche Ausbildungsgänge vorgestellt und vorgeschlagen werden.

- Berufskollegs und die duale Ausbildung müssen wieder gestärkt werden. Der von der Landesregierung umgesetzte Personalabbau an den Berufskollegs muss umgekehrt werden. Gleichzeitig muss durch Flexibilisierungen bei der Fachklassenbildung auch zukünftig ein möglichst ausbildungsplatznahes berufsschulisches Angebot gesichert werden.

- Auch im Bereich der Ausbildungsvorbereitung brauchen Berufskollegs und überbetriebliche Ausbildungsstätten eine stärkere Unterstützung.

- Berufskollegs benötigen wie andere Schulen mehr Eigenverantwortung. So könnte überprüft werden, ob zum Beispiel auch Handwerkskammern und Innungen die Trägerschaft von Berufskollegs übernehmen können.

- Jugendliche mit schulischen und ausbildungsbezogenen Defiziten sollen unterstützt werden. Dafür eignen sich z.B. „assistierte Ausbildungen“, die in einem Bund-Länder-Programm gestärkt werden könnten. Dadurch erhalten Betriebe Unterstützung bei der Qualifizierung von jungen Menschen, die neben dem Betrieb und der Berufsschule eine individuelle Förderung benötigen.

- Modulare, in zertifizierte Bausteine gegliederte Ausbildungen und die Einführung von zweijährigen Ausbildungsabschlüssen für mehr Berufsbilder können passende Angebote sein, um Chancen zum Erwerb von Qualifikationen auch für diejenigen zu bieten, die mit einer vollständigen dreijährigen Ausbildung zunächst noch überfordert sind.

- Die Chancen der Digitalisierung müssen auch in der berufsschulischen Ausbildung stärker genutzt werden. Hierzu gehören eine moderne IT-Ausstattung sowie die Qualifikation und Unterstützung der Lehrkräfte.

- Die Vermittlung von Kompetenzen im Bereich Wirtschaft in der Schule muss gestärkt werden.

- Das duale Ausbildungssystem und der Meisterbrief müssen erhalten und gestärkt werden. Europäische Harmonisierungen dürfen nicht zu einer Aufweichung der weltweit anerkannten und qualitativ hochwertigen Ausbildung in Deutschland führen.

- Berufliche und akademische Bildung müssen gleichwertig sein. Auch Gesellen- und Meisterbrief sind Ausweis von Qualität, Qualifikation und Exzellenz. Deshalb setzt sich der Landtag für einen Pakt für berufliche Bildung ein, der diese Bedeutung dokumentiert und unterstützt.

- Handwerk und Mittelstand müssen von Bürokratie entlastet werden. Dazu gehören etwa das Tariftreue- und Vergabegesetz und die Dokumentationspflichten durch das Mindestlohngesetz. Betriebe, Inhaber und führende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen wieder mehr Zeit für ihre Auszubildenden haben, anstatt Zeit für bürokratische Vorgaben ohne messbaren positiven Nutzen verschwenden zu müssen.

- Die Gründungsförderung und die Förderung betrieblicher Nachfolgen müssen vereinfacht und effizienter werden. Dafür müssen Förderangebote gestrafft und enger mit anderen Programmen verzahnt werden. Alternative Modelle der Mitarbeiterbeteiligung sollten analysiert und unterstützt werden, um neue Perspektiven für Betriebsübergaben zu entwickeln.

- Unternehmensgründungen müssen unkomplizierter werden. Deshalb muss ein bürokratiefreies Jahr für Gründerinnen und Gründer eingerichtet werden. Gerade zum Start sollen Existenzgründerinnen und Existenzgründer mehr Zeit für ihre Ideen, Innovationen und Geschäftsmodelle haben – und nicht für Behörden und Formulare verschwenden müssen.

- Die wechselseitige Durchlässigkeit zwischen Ausbildung und Studium erfordert Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen. Unter der Eigenverantwortung des mit liberaler Handschrift geschriebenen Hochschulfreiheitsgesetzes sind viele ertragreiche Kooperationen entstanden, die Autonomie der Hochschulen muss daher wieder gestärkt werden. Kooperationshemmnisse, gerade die, die zuletzt im Zuge des sogenannten rot-grünen Hochschulzukunftsgesetzes entstanden sind, müssen abgebaut werden.

- In Zusammenarbeit mit den beteiligten Kammern sollte die Meisterqualifizierung aufgewertet werden. Bestandteil davon könnten doppelqualifizierende duale Studiengänge sein, die mit einem Bachelor und einem Meisterbrief abschließen.

- Neben Hochschulen müssen auch Meisterschulen stärker zu Gründerschmieden ausgebaut werden. Dafür sollten z.B. finanzielle Anreize für erfolgreiche Gründungen aus diesen Einrichtungen heraus ausgebaut werden.

- Die Landesregierung muss unmittelbar einen Aktionsplan Integration vorlegen, der u.a. kostenlose und verpflichtende Sprachkurse für jeden Flüchtling, einen schnellen Aufwuchs von Sprachkurskapazitäten, den zusätzlichen Einsatz von Sprachlern-Apps, ein flächendeckendes Screening der beruflichen Qualifikation und der notwendigen Qualifizierungsbedarfe bereits in den Landeseinrichtungen, die Abschaffung des Arbeitsverbotes für Flüchtlinge und der Vorrangprüfung, eine fortgesetzte Vereinfachung der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sowie weitere Maßnahmen zur schnelleren und nachhaltigeren Integration zugewanderter Menschen in den Arbeitsmarkt umfasst.

III. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Ausbildung anzuerkennen und auszubauen, die Berufs- und Meisterausbildung zu stärken, die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Berufseinstieg junger Menschen zu verbessern und Ausbildungsbetriebe in Mittelstand, Industrie und Handwerk insbesondere von überbordender Bürokratie zu entlasten.

Dazu ergreift die Landesregierung die hier skizzierten Maßnahmen, entwickelt gemeinsam mit Parlament, Berufskollegs, Kammern und Wirtschaftsverbänden neue Ideen und Konzepte und initiiert die dafür notwendigen parlamentarischen Verfahren.

Christian Lindner
Christof Rasche
Angela Freimuth
Ralph Bombis
Yvonne Gebauer
Marcel Hafke
Ingola Schmitz
Ulrich Alda

und Fraktion